



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Wendland, Johannes: Kirche und politische Parteien

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

feit etwa eines alten kaufmännischen Angestellten, der, bei spärlichem Gehalt, ohne Ersparnisse und ohne Recht auf Pension, im Dienste seines Chefs sich verbraucht hatte und vor dem Tage zitterte, da der junge Erbe ihm kündigen und ihn ohne Aussicht auf einen anderen Posten auf die Strasse setzen würde? Er sah sich, samt seiner Familie, den Launen des Brotherrn erbarmungslos ausgeliefert und gezwungen, jede Art von seelischer Demütigung und Mißhandlung schweigend zu ertragen. Dieser Sklave muß die Freiheit erhalten, an das Gericht seiner Standesgenossen zu appellieren; diesem Despoten muß die Möglichkeit genommen werden, zynisch oder gedankenlos mit Menschenschicksalen zu spielen.

Die Massen, die sich an das Wort Räte klammern und mit der gelassenen Gesetzesfabrikation der Nationalversammlung nichts anzufangen wissen: es ist eben solche Sicherung, die sie verlangen. Sie fühlen ganz gut: diese oder jene Verfassung ändert nichts an ihrem Lose, dem Brotherrn, dem Beamten, dem Vorgesetzten ausgeliefert zu sein. Wenn hierin alles beim Alten bleibt, was haben sie dann von der Revolution? Ihre Sehnsucht wissen sie nicht zu formulieren; es ist Instinkt, der sie treibt. Warum kommt man ihnen nicht zu Hilfe? Warum verkündet man das neue Recht des Gehorchenden, öffentlich und von Rechts wegen kontrollieren zu dürfen, nicht von allen Tribünen, Kanzeln und Rednerpulten? Warum macht man daraus nicht eine lodernde Fackel, ein rauschendes Banner der umgewandelten Zeit? Wäre es nicht auch taktisch klüger, dem Volk diesen Wunsch von den Lippen zu lesen, ihn laut auszusprechen und freudig zu erfüllen? Würde man damit nicht den gewissenlosen Sezern, die das dumpfe Mißtrauen der Massen zu einem blindwütenden Radikalismus auszunützen verstehen, das Wasser abgraben? Was man statt dessen tut, ist ein offenes oder verstecktes Widerstreben oder ein unfreiwilliges Nachgeben und Sichzerrenlassen. Auch die Zugeständnisse der Reichsregierung vom 1. März sind nur ein unschmackhaftes, kompromißartiges Gemisch aus den beiden Arten des Rätegedankens.

Langsam schreitet die Menschheit fort. Das Danaidenwerk, um das sie sich seit Jahrtausenden müht: die Massen zu gemeinsamer Arbeit zu organisieren, ohne Recht und Freiheit des einzelnen zu vergewaltigen, ist in unseren Tagen um ein kleines Stückchen gefördert worden. Der Rätegedanke als Form der Machtkontrolle lebt und wird Macht gewinnen, mit uns oder ohne uns oder gegen uns. Warum also nicht mit uns, da wir doch, aus der Tiefe unseres menschlichen und europäischen Gewissens, mit ihm sein können?



## Kirche und politische Parteien

Von Professor D. Johannes Wendland



achdem die trefflichen Artikel von Albrecht Kaiser in Nr. 52, Jahrgang 1918, und von Martin Peters in Nr. 3 und 4 dieses Jahres die Fragen der Trennung von Staat und Kirche beleuchtet haben, sollen die mannigfaltigen Probleme, um die es sich bei diesem Schlagwort handelt, nicht nochmals erörtert werden. Ich würde lieber von einer Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche reden. Folgende drei Fragen sind die dringlichsten: Erstens: Soll der Staat auch weiterhin finanzielle Beihilfen an die Kirchen leisten? Zweitens: Soll der Staat in den Staatsschulen auch ferner konfessionellen Religionsunterricht erteilen lassen? Soll er aus Staatsmitteln theologische Fakultäten unterhalten, an welchen die künftigen Pfarrer ihre wissenschaftliche Vorbildung für ihr Amt suchen müssen? Drittens: Soll der Staat irgendwelche Mitwirkung bei der Besetzung kirchenregimentlicher Ämter (Konfistorien, Ober-

kirchenrat) haben? — Andere Fragen sind in der Gegenwart nicht so dringlich wie diese. Zum Beispiel wird der Staat immer ein Oberaufsichtsrecht über die Kirchen behalten müssen; d. h. er wird zu entscheiden haben, ob irgendeine kirchengesetzliche Anordnung oder kirchenregimentliche Verfügung das Recht oder die Interessen des Staates berührt oder beeinträchtigt. Irgendein Aufsichts- oder Vetorecht wird jeder Staat behalten müssen. Es wäre richtiger, wenn man nicht zu unvorsichtig mit dem Schlagwort „Trennung von Staat und Kirche“ umspringen würde. Man muß genau angeben, welchen Komplex von Fragen man eigentlich im Auge hat, und wie man das Verhältnis von Staat und Kirche neu ordnen will. Denn daß sich irgendein positives Verhältnis beider Größen herausbilden muß, ist für den modernen Staat selbstverständlich. Dieser kann nicht, wie es die französischen Trennungsgesetze vergeblich versuchten, die Kirche als quantité négligeable betrachten. Muß er schon zu allen großen Aktien- und Erwerbsgesellschaften in irgendein positives Verhältnis der Beaufsichtigung treten, wie viel mehr zu Größen von so ungemeiner Kulturbedeutung für das gesamte Volksleben, wie es unsere Kirchen sind und hoffentlich immer bleiben werden.

Im folgenden soll nur die dritte der vorhin genannten Fragen berührt werden, nachdem die ersten beiden schon in den Aufsätzen von Kaiser und Peters genügend beachtet sind. — Die Demokratisierung des Staats führt notwendigerweise auch zu einer Demokratisierung der Landeskirchen. Schon die Geschichte zeigt einen engen Zusammenhang von Staatsverfassung und Kirchenverfassung. In den Zeiten der absoluten Monarchie herrschte in der Kirche unbeschränkt die Kirchenbehörde, die ganz von der Staatsleitung abhängig war. Die Gemeinden hatten nicht die geringsten Rechte. So wenig dies dem Wesen der Kirche entsprach, war es so lange allenfalls erträglich, als kein Konflikt zwischen dem christlichen Volk und seiner Obrigkeit eintrat. Wenn alle die Überzeugung hatten, daß der Monarch — beziehungsweise in freien Reichsstädten der Magistrat — und seine Räte väterlich wohlwollend für die Bedürfnisse des kirchlichen Lebens sorgten, war jener unnatürliche Zustand erträglich. So ist es begreiflich, daß sich jahrhundertlang gegen das landesherrliche Kirchenregiment kein oder nur geringer Widerstand geregt hat. — Erst die Zeiten der konstitutionellen Monarchie haben — viel zu spät — auch der Kirche die seit langem notwendige synodale Verfassung gebracht. Kirchlich so wohlgesinnte Monarchen wie Friedrich Wilhelm der Dritte haben in völliger Verkennung der dringendsten Lebensnotwendigkeiten der Kirche und gegen den Rat des einflussreichsten Theologen — Schleiermachers — sich dagegen gestraußt, der Kirche eine selbständige Verfassung zu geben, ein Organ, durch welches die Kirche sich selbst zu den damals brennenden Fragen (Einführung der Union, Entwurf einer neuen Liturgie u. a.) zu äußern vermochte. Durch königliche Verordnung wurde damals alles der Kirche aufgezwungen. Diese erzwungene Untätigkeit hat der Kirche unendlichen Schaden gebracht, hat unser Kirchenvolk zu der völligen Passivität und Gleichgültigkeit erzogen, unter der wir noch heute leiden. Wie ganz anders liegt es in den presbyterianischen Gemeinden zum Beispiel Schottlands. Man lese nur die prächtigen Skizzen von Jan Maclaren (Altes und Neues aus Drumtochty, Die Gemeinde von St. Juda u. a.). Aus ihnen kann man sehen, wie kirchliches Leben blüht, wenn die Gemeinden seit Jahrhunderten in Kirchenältesten Leute ihres Vertrauens wählen, die Hand in Hand mit dem Pfarrer arbeiten, ja diesen beaufsichtigen, zuweilen freilich auch schulmeistern wollen.

Jetzt wo im politischen Leben die Monarchie zunächst gefallen ist und das Volk seine oberste Behörde selbständig wählt, ist es die notwendige Folge, daß die kirchlichen Gemeinden ebenso ihre Kirchenbehörden selbst wählen. Der Rechtsgrund hierfür soll aber nicht von der staatlichen Umwälzung hergeleitet werden. Vielmehr führt diese nur dazu, daß nun endlich die lange gehemmte Entwicklung eintreten kann, die in der Idee der Kirche selbst liegt und die den tiefsten Absichten der Reformation entspricht. Das landesherrliche Kirchen-

regiment war nach Luthers Meinung nur ein Nothbehelf, ein Provisorium. Fast vier Jahrhunderte lang hat dies Provisorium gedauert. Nun wird man endlich zu den eigentlichen Gedanken der Reformation zurückkehren können, die zugleich die des Urchristentums sind.

Ein für die Kirche entwürdigender Zustand ist es, wenn die Kirche ihre obersten Behörden — Konsistorien und Oberkirchenrat — gar nicht einmal selbst wählt, sondern diese ihre wichtigsten Organe von der Staatsbehörde (in Preußen vom König, in Sachsen von den in evangelicis beauftragten Staatsministern) eingesetzt erhielt. Die Kirche wurde nicht gefragt, ob ihr diese Männer genehm waren oder nicht. Die Kirche kam auf diese Weise in Abhängigkeit von den politischen Parteien. Bei der einseitigen Vorherrschaft der konservativen Partei in Preußen war es selbstverständlich, daß ein konservatives Kirchenregiment der Kirche wider ihren Willen aufgedrängt wurde. Männer wie der Präsident des Oberkirchenrats Voigts, der dazu noch von einer rein lutherischen Landeskirche herkam, wurden der unierten preussischen Landeskirche gegen ihren Willen als oberste Spitze aufgedrängt; die Kirche hatte gar keine Möglichkeit, solche Männer abzulehnen oder auch nur sich zu verbitten. In freiheitlicher regierten Bundesstaaten, wie zum Beispiel Baden, zeigten sich weniger Mißstände. Der badische Oberkirchenrat wurde vielmehr vom Vertrauen der Landeskirche getragen, ebenso wie ja auch das großherzogliche Haus eine seltene Liebe und Verehrung besaß. Daher hat denn auch die badische Landessynode im November vorigen Jahres, als nach der Thronentsagung des Großherzogs das landesherrliche Kirchenregiment eigentlich mit gefallen war, den badischen Oberkirchenrat beauftragt, in ihrem Namen die Geschäfte der Kirchenleitung weiter zu führen, und ihm damit ein schönes Zeichen ihres Vertrauens ausgesprochen.

Der oberste Grundsatz für jede Kirchenorganisation muß sein, daß sie mit dem Begriff „Kirche“ = ecclesia = Gemeinde Ernst macht. Luther betont in vielen seiner Schriften mit allem Nachdruck, daß Kirche soviel bedeutet wie christliches Volk. Er sagt in den Schmalkaldischen Artikeln: „Das weiß heute (gottlob) ein Kind von sieben Jahren, was die Kirche sei, nämlich die Gläubigen, Heiligen, die Schafe, die ihres Hirten Stimme hören.“ Mit dieser Wahrheit gilt es Ernst zu machen. Kirche sind nicht die Pfarrer, Konsistorien und Oberkirchenräte, sondern das Volk, sofern es durch die Mächte des christlichen Glaubens, der Liebe und Zucht sich bestimmen läßt. Die bisherige Kirchenverfassung war zum größeren Teile durch die Angst vor diesem Volk diktiert. Die Gemeinde- und Synodalordnung suchte durch ein möglichst undemokratisches Wahlverfahren, so weit es nur ging, den Einfluß dieses Volkes auszuschalten. Zwar der Form nach sah es nicht so schlimm aus, wie das berüchtigte preussische Landtagswahlrecht — so ungeschont durfte denn doch nicht in der Kirche die Herrschaft der größten Vermögen proklamiert werden. Aber das kirchliche Wahlrecht wirkte so, daß alle freiheitlich gerichteten Männer aus den oberen Behörden ausgeschlossen wurden. Denn durch allgemeine demokratisch eingerichtete Wahlen wurden nur die Vertreter der Einzelgemeinden gewählt; diese wählten ihre Vertrauensmänner in die Kreissynoden (eine an Bedeutungslosigkeit leidende Instanz). Die Kreissynoden wählten die Provinzialsynoden, und letztere die Generalsynode. Und als ob es nicht schon mit den landesherrlich ernannten Konsistorien genug wäre. Damit ja auch die Synoden in Abhängigkeit von den Staatsbehörden blieben, wurden eine Reihe von Mitgliedern der Provinzialsynoden und der Generalsynode vom Landesherren ernannt — wiederum eine sinnlose, die Ehre der Kirche kränkende Bestimmung. Diese Ernennungen verstärkten stets die extremste Partei in der Kirche und wirkten so genau das Gegenteil von dem, was anfangs beabsichtigt war, einen Ausgleich der Richtungen, eine Korrektur einer zu einseitigen Zusammenfassung der Synoden herbeizuführen.

Die Angst vor dem christlichen Volk hat die bisherige Kirchenverfassung eingegeben — nämlich die Angst, als ob das Volk, wenn es frei und ungehindert seine Meinung in der Kirche zur Geltung bringen könnte, nicht als christliches,

sondern als unchristliches Volk auftreten würde. Die begreifliche Folge dieses Unglaubens ist es gewesen, daß die Kirche bei vielen ihre Volkstümlichkeit eingebüßt hat. Sie galt vielfach als Institution der herrschenden Klassen, als abhängig von junkerlichen Gutsherren und Patronen oder als Einrichtung der Industriebarone, um das Volk in Abhängigkeit, Gehorsam und Demut zu erhalten. Wie ungerecht auch dies Urteil im ganzen ist, läßt sich doch nicht leugnen, daß vieles in der Kirche — wozu noch unsoziale Einrichtungen und Abstufungen bei Trauungen, Beerdigungen, Taufen kommen — dazu angetan war, diesen bösen Schein immer wieder zu nähren.

Besonders verhängnisvoll war in dieser Richtung der enge Bund der Kirche mit der konservativen Partei. Jahrzehnte hindurch betrachteten die Konservativen die Kirche als ihre Domäne. Wenn auch viel aufrichtige Frömmigkeit in diesen Kreisen herrschte, so machte das konservative Christentum doch gerade dann mit den sozialen Forderungen des Christentums halt, wenn sie sich gegen das eigene Standesinteresse wendeten. Das hat von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zu einer immer stärkeren Idealtlosigkeit der konservativen Partei beigetragen. Klagen über die herrschende Unchristlichkeit konnte man aus diesen Kreisen in beweglicher Form vernehmen, aber es fehlte die Selbsterkenntnis, wie viel man selber durch unsoziales Verhalten zum Ruin der Kirche und zur Abwendung vom Christentum beigetragen hatte.

Auf der andern Seite sollen die Fehler nicht geleugnet werden, die die liberalen Parteien in der Vergangenheit begangen haben. Jede Partei gewinnt an idealem Gehalt, wenn der Hintergrund ihrer politischen Einzelforderungen eine große idealistische Weltanschauung ist, die schließlich aus einem starken religiösen Glauben ihre besten Kräfte zieht. Jeder rein individualistische kirchenlose religiöse Glaube kann wohl für einzelne Menschen ein Halt sein, er bedarf aber, um gemeinschaftsbildende Kraft zu haben, einer großen sozialen Gemeinschaft, der Kirche. Der Liberalismus beging in der Zeit vor und nach 1848 den großen Fehler, nicht bloß gegen die Engherzigkeit in der Kirche Sturm zu laufen — das war sein gutes Recht. Aber er veräumte es, seine berechtigten freireligiösen Forderungen tief innerlich zu begründen. Mit vollem Recht kämpfte der Liberalismus gegen enge und überlebte Autoritäten; er suchte die freien Kräfte des Volkslebens zu stärken. Aber er veräumte in seiner Weltanschauung klar zu machen, daß die volle wahre Freiheit nur in der persönlichen Bindung an Gott und das Gute zu finden sei. Und doch wie viel Motive hätten sich für den wahren Liberalismus aus dem Neuen Testament, aus dem Kampf Jesu gegen die überlieferten Autoritäten, aus dem Auftreten des Paulus gegen das gesetzlich-engherzige Judentum herleiten lassen! Und wieviel Waffen hätten die Schriften Luthers, vor allem seine Schrift über den wahren Liberalismus „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ liefern können! Der Liberalismus verarmte an dem Mangel einer Weltanschauung. Oder genauer: er warf sich der leichtesten Weltanschauung in die Arme, einer optimistischen Aufklärung, die in der formalen Freiheit oder Ungebundenheit das Heil suchte. Er glaubte in falschem Optimismus, daß die Grundkräfte des Menschen als solche schon gut seien. Man müsse sie nur von allen historischen Bindungen befreien, um eine wundervolle Harmonie der neuen Welt hervorzurufen. Man glaubte an eine neue Blüte der Kultur und täuschte sich vor, die Fortschritte der materiellen Kultur, der Industrie und Technik könnten ein reiches, in sich befriedigtes neues Geschlecht erzeugen, das von der Höhe des befreiten Menschentums auf den überlebten Glauben des Christentums mitleidig lächelnd herabblicken könne.

Hand in Hand mit dieser inneren Verarmung ging der äußere Rückgang des Liberalismus. Der Wind wurde ihm von der Sozialdemokratie immer mehr aus den Segeln genommen. Wer gegen die überlieferten Autoritäten Sturm laufen wollte, fand bei ihr viel kräftigere Schlagworte, aber auch einen leuchtenderen Glauben an eine herrliche Zukunft. Im Kampf gegen Kirche und Christentum nahm die Sozialdemokratie nur das Erbe des Liberalismus auf. Die Befreiung von den verknöcherten Autoritäten der Vergangenheit schien ihr

am gründlichsten geleistet zu sein, wenn man auch die höchste Autorität, die Gottes, zum alten Eisen warf und den Massen vorpiegelte, sie würden durch den Grundsatz *ni Dieu ni maître* ihr volles Erdenglück finden.

Wie ganz anders wäre die Entwicklung geworden, wenn der Liberalismus das Erbe des deutschen Idealismus bewahrt und an Männern wie Kant, Fichte, Schleiermacher, oder noch weiter zurück, an Paulus und Luther Tiefe und Kraft seines Wirkens gewonnen hätte! Viele einsichtige Führer des Liberalismus haben, durch schwere Enttäuschungen belehrt, die Mängel, die der Liberalismus von früheren Jahrzehnten her in sich trug, stark empfunden. Im ganzen liegt wohl jene Epoche des in die einseitige Opposition getriebenen Liberalismus abgeschlossen hinter uns. Jetzt ist ihm die große Aufgabe des Neubaus der Nation zugefallen. Er weiß, daß er sie nur im Bunde mit der stärksten Macht der Vergangenheit, dem deutschen Idealismus und dem in der christlichen Kirche verkörperten religiösen Glauben vollziehen kann.

Es liegt mir fern, behaupten zu wollen, eine politische Partei müsse die einzelnen Punkte ihres Programms direkt aus dem Christentum herleiten. Solche Versuche sind immer gescheitert. Die klarste Auseinandersetzung über diese Fragen hat die Vertreter-Versammlung, die sich 1896 zur national-sozialen Partei zusammenschloß, gegeben. Im Unterschied von der in den „christlich-sozialen“ Parteien geforderten unklaren Vermischung von Christentum und Politik schied sie deutlich die politischen Einzelsforderungen und das Christentum. Letzteres sollte aber den Hintergrund ihrer Weltanschauung bilden. Das Verhältnis beider Größen läßt sich nicht besser klar machen. Aus dem Christentum folgen große Grundsätze, die für das ganze Volksleben von Bedeutung sind. Zum Beispiel: Allen Rechten entsprechen Pflichten. Vorrechte einer Klasse, wo sie noch irgendwie bestehen, müssen zu um so größerer Hingebung an das Ganze, zu opferfreudiger Tat führen. Das Christentum stellt an das Volksleben die große Grundforderung sozialer Gerechtigkeit. Wie aber dieser Grundsatz in der Steuergesetzgebung durchgeführt werden muß, läßt sich nicht aus dem Christentum selbst ableiten, sondern erfordert eine umfassende Kenntnis des Steuerbedarfs, der Möglichkeit der Verteilung der Steuern, eine Erwägung der wirtschaftlichen Folgen und eine technische Kenntnis, die unabhängig vom Christentum ist. Der Grundsatz, daß der wirtschaftlich Schwache vor Ausbeutung geschützt werden muß, wird sich aus dem Christentum ableiten lassen. Aber die Sozialreform muß ebenso bedenken: welche Belastung verträgt die Industrie? Wie kann der Staat eine im internationalen Konkurrenzkampf leistungsfähige Industrie erhalten? Wenn die Industrie zugrunde geht, geht schließlich auch der Arbeiterstand mit zugrunde. In allen diesen Fragen hilft nicht, wie es Optimisten (zum Beispiel Kutter) meinen, der gute Wille allein, sondern eingehende Fachkenntnis und langjährige praktische Erfahrung.

Jede Partei hat es dringend nötig, die Waffen ihres Kampfes aus einer großen, Gemüt und Willen in Bewegung setzenden Weltanschauung oder einem begeisternden Glauben herzuholen. Das hat gleichfalls der Sozialdemokratie einen großen Vorsprung verschafft, daß sie den breiten glückshungrigen Massen einen glühenden Glauben an ein herrliches Erdenziel einflößte, ihnen den Himmel auf Erden in erreichbarer Nähe der Zeit vor Augen stellte. Die Sozialdemokratie trat auch hierin das Erbe des Liberalismus an. Ihr Glaube war nicht schlechter als der seinige. Denn was ihren Zielen Durchschlagskraft gab, war die Mischung rein egoistisch-eudämonistischer Motive und sinnlichen Hoffens mit einem idealen Glauben an ein Reich der Gerechtigkeit und des Völkerfriedens, wie es der menschlichen Natur mit ihrem Sinecogen von Sinnlichkeit und Sittlichkeit entspricht. Und genau wie in der konservativen Partei waren die idealen Motive, von herrlichem Schimmer umkleidet, für die Agitation und Gewinnung Fernerstehender gut zu brauchen. Die egoistischen Motive und Standesvorteile wirkten im Klassenkampf stärker. Das ist die ethische Gefahr aller politischen Parteien, die ihren idealen Gehalt aus einer religiösen oder idealistischen Weltanschauung herleiten wollen. Soweit die ethischen Ziele mit

dem eigenen Klassenvorteil zusammengehen, werden sie schön hervorgeputzt. Sobald sie aber Opfer verlangen, läßt man sie stillschweigend fallen. Eine derartige Moralheuchelei wird naturgemäß bei den Parteien am schlimmsten empfunden, die sich „christliche“ nennen. Aber soll man etwa wegen dieses Mißbrauchs jeden Zusammenhang der Parteiforderungen mit einer idealen Weltanschauung aufgeben? Soll man die Entwicklung begünstigen und jede Partei zu einer unverhüllten Vertretung von Standesinteressen machen, in der jede Partei rücksichtslos für ihren Vorteil eintritt, ohne sich um das Wohl des Ganzen zu kümmern? — Das wäre vielleicht ehrlicher und würde die widerwärtige Moralheuchelei aufheben (die zum Beispiel jetzt gerade auf dem Pariser Friedenskongreß ihre Orgien feiert). Aber damit würde zugleich der Rest wirklicher Moral fallen, den jede Partei in sich trägt. Der nackte Egoismus würde legalisiert. Das Unstadsgefühl, das doch immer dazu zwingt, von den Parteiinteressen auf das große Ganze hinüberzublicken, würde getötet. Daher scheint mir das entgegengesetzte Mittel nötig: jede Partei muß ihre Ideale in einer Weltanschauung begründen. Der religiöse Glaube des Christentums, der die tiefste Weltanschauung bildende Macht in sich schließt, ist dazu notwendig. Denn über das Zeitalter der fälschlich sogenannten „naturwissenschaftlichen Weltanschauungen“ sind wir endgültig hinaus. Denn die Naturwissenschaften vermögen wohl gewisse Beiträge zur Weltanschauung in den Begriffen Naturgesetz und Entwicklung zu geben. Aber verarbeiten und in ihrer Bedeutung für das Ganze der Welt und des Lebens abzuschätzen vermag sie nur die Philosophie. Die entscheidenden Beiträge zur Weltanschauung liefern die Tatsachen des Geisteslebens, zunächst Sittlichkeit und Religion.

Jede Partei kann nur gewinnen, wenn sie die Verbindungslinien ihres Programms mit einem sittlich-religiösen Glauben möglichst energisch zieht. Sie kann dies, denn der religiös-sittliche Glaube ist die tiefste und zugleich universalste Macht im Geistesleben. Er strahlt seine Wirkungen in alle Lebensgebiete aus.<sup>1)</sup> Jedes Parteiprogramm braucht, um idealen Schwung und Überzeugungskraft zu gewinnen, diesen Zusammenhang. Aber nicht so, daß das Christentum zur Parteisache gemacht wird. Das war der Fehler der katholischen Zentrumspartei und der verschiedenen auf evangelischem Boden versuchten christlich-sozialen Parteiprogramme. Nicht soll das Christentum in den engen Rahmen eines Parteiprogramms gespannt werden. Es darf nicht gesagt werden: jeder Christ muß folgendes fordern. Oder gar: im Namen der Kirche verlangen wir, sei es Schutz der Landwirtschaft oder den Achtstundentag oder eine Vermögenssteuer von so und so viel Prozent.

Die Konservativen haben in ihrer Blütezeit unendlich viel Kräfte dadurch gewonnen, daß sie — sei es mit Recht oder mit Unrecht — die kirchlichen Kreise in sehr großem Umfange für sich zu gewinnen wußten. Je mehr sie zu einer engen Klassenvertretung wurden, um so mehr haben sie gleichzeitig die Kirche in anderen Kreisen diskreditiert. Die Kirche hat sich in den beiden letzten Jahren vielfach um ihr Ansehen gebracht, dadurch daß zahlreiche Pfarrer — sowohl orthodoxe wie liberale — öffentlich Politik trieben und für ihre Partei eintraten, wodurch sie andersdenkende Gemeindeglieder vor den Kopf stießen. Die pazifistische Bewegung hat unendlichen Schaden dadurch erlitten, daß ihr Führer H. A. Fried die egoistische Berechnung des Nutzens eines allgemeinen Weltfriedens und die Schäden, die jeder Krieg für Sieger wie für Besiegte mit sich bringt, für ein ausreichendes Motiv ansieht, das schließlich zum Weltfrieden führen müsse. Er läßt sich zwar gerne die Mitarbeit aller gefallen, die aus tieferen christlichen Motiven heraus an der Versöhnung der Völker mitarbeiten. Aber Fried selbst nimmt nur die Motive der leichtesten Aufklärung in Anspruch und übersieht, daß die Ermägung des Nutzens schließlich immer zum Widerstreit der Interessen führen und Kriege erzeugen muß. Nur ein ethisches Motiv, das

<sup>1)</sup> Ich habe das in meiner „Sozialethik“, Tübingen, F. C. W. Mohr, 1916, zu zeigen gesucht.

um der Gerechtigkeit und Verfühlichkeit willen Opfer zu bringen und Rechtsansprüche zurückzustellen bereit ist, kann auf dem schwierigen Wege der Völkerverfühnung allmählich einige Schritte weiter führen.

Die liberalen Parteien haben die Fehler der Vergangenheit im großen und ganzen eingesehen. Sie laufen heute nicht mehr Sturm gegen Christentum und Kirche, sondern fügen mit Recht die freien Kräfte innerhalb der Kirche zu stärken und aus dem Christentum oder einem allgemeineren idealistischen Glauben selbst den idealen Hintergrund ihrer Forderungen zu gewinnen. So dürften denn heute die christlichen Kreise in weitem Umfange für die liberalen Parteien gestimmt haben. Tatsächlich hat das Christentum insofern mit dem Liberalismus Verwandtschaft, als es den ewigen Wert jeder Menschenseele, die Gottebenbildlichkeit auch des Geringsten betont. Es verlangt freie Arbeit jedes Menschen, verspricht jedem die seiner Arbeit gebührende Stelle, verlangt Schutz für den Schwachen. Sofern der Konservatismus das Recht des historisch gewordenen vertritt und in der gesellschaftlichen Ordnung und Abstufung eine vernünftige Gliederung des Volkslebens erkennt, wird er gleichfalls diese Ordnung unter eine höhere Autorität zu stellen vermögen. Konservatismus und Liberalismus müssen sich ja stets ergänzen und befruchten. Der Konservatismus ist gebrochen, weil er überlebte Standesvorurteile nicht rechtzeitig genug aufzugeben bereit war und seine Vertreter eine Vorrangstellung, die ihnen nicht mehr gebührte, mit allen Mitteln festzuhalten suchten.

Die meisten Schwierigkeiten hat die Sozialdemokratie in ihrer Stellung zu Kirche und Christentum bereitet. In der Schweiz ist in dieser Hinsicht die Entwicklung am weitesten gediehen. Hier gibt es sozialdemokratische Pfarrer wie Kutter, Arbenz, Bader, Fischhauser, Viechtenhan u. a., die in den „Neuen Wegen“ unter Redaktion des Zürcher Professors der Theologie L. Kagaz eine große Schar jüngerer Theologen in ihre Bahnen ziehen. Ja im Kanton Zürich gibt es Kirchengemeinden, in die nur sozialdemokratische Pfarrer und Lehrer gewählt werden. (Denn in Überspannung des demokratischen Prinzips werden im Kanton Zürich sogar die Lehrer durch allgemeine Volksabstimmung in den Schulbezirken gewählt.) Diese Entwicklung hat naturgemäß zu vielen Mißständen geführt. An manchen Orten wird die Kirche von den meisten Nicht-Sozialdemokraten gemieden. Die Sozialdemokraten aber lassen sich die Wirksamkeit ihrer Genossen auf der Kanzel sehr wohl gefallen, damit ihre Parteiforderungen einen idealen Glanz bekommen. Sie freuen sich, wenn den andern gehörig ihre Sünden vorgehalten werden.<sup>2)</sup> Wenn aber die sozialistischen Pfarrer und Professoren, wie dies durchaus auch geschieht, Kritik an den eignen Parteigenossen üben, so ist man mit ihnen ebenso unzufrieden, wie mit den sozialdemokratischen Regierungsräten, die auch nicht den sozialistischen Zukunftsstaat herbeiführen können. So weit sind wir in Deutschland noch nicht, daß man wie die Schweizer Religiös-Sozialen versucht, einen Bund zwischen Christentum und Sozialdemokratie zu schließen. Auch in der Schweiz ist es nicht gelungen und wird nie gelingen, diesen Bund zustande zu bringen. Dazu streben die beiden Bewegungen zu sehr auseinander. Die sozialistischen Theologen haben sich vergebens bemüht, die idealen Momente in der Sozialdemokratie in den Mittelpunkt zu stellen. Die politischen Führer sind ihnen nicht gefolgt. Und gegenwärtig haben die den Bolschewisten zuneigenden Extremen in der Sozialdemokratie, die „Jungburschen-Vereinigungen“ in der Schweiz immer mehr die Oberhand gewonnen. Die Methoden des Generalstreiks und der Revolution scheinen ihnen die aussichtsvollsten. Sie erstreben eine Diktatur des Proletariats, eine unverhüllte nichts weniger als demokratische Klassenherrschaft und haben sogar die Beschickung des in Bern tagenden internationalen Sozialistkongresses abgelehnt, weil sie weniger von Völkerverständigung als von Revolution innerhalb jeden Volkes etwas erhoffen. Die gemäßigten Führer der Sozial-

<sup>2)</sup> Ein Beispiel dafür habe ich in meiner „Sozialethik“, S. 156 f., angeführt.

demokratie der Schweiz, Greulich, Knellwolf, Eugster u. a. sehen mit Schrecken, wie ihnen die Zügel entgleiten und die radikalsten Schlagworte die größte Zugkraft auf die Massen ausüben.

Trotzdem halte ich es für einen großen Schaden, daß in Deutschland sozialdemokratische Theologen wie Göhre, Maurenbrecher u. a. aus dem Pfarramt und der Kirche herausgedrängt, andere, die nur ein wenig zum Entgegenkommen gegen berechnete Forderungen der Sozialdemokratie mahnten, gemäßigelt wurden. Wie ganz anders würde doch in der gegenwärtigen Krisis die Lage der Sozialdemokratie wie der Kirche sein, wenn diese Partei eine Zahl tüchtiger Männer hätte, die im Namen des Christentums für die idealen Ziele der Sozialreform eintreten würden! Die Kirche würde an Popularität ungemein gewonnen haben, wenn sie sich ernstlich und ehrlich vollkommen neutral zu allen politischen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, gestellt hätte. Die Kirche hat bei politischen Wahlen nicht die Aufgabe, eine bestimmte Partei zu empfehlen, wie es oft römisch-katholische Pfarrer tun; aber sie kann den Gemeindegliedern das Gewissen schärfen: nicht der eigene Nutzen, nicht die Überlegung, ob das Interesse des eignen Standes von einer Partei am schärfsten vertreten wird, soll den Ausschlag geben, sondern die ernste Erwägung, welche Partei nach der persönlichen Überzeugung des einzelnen für das Wohl des Ganzen am besten mitzuwirken imstande ist. Ferner wird die Kirche immer wieder mahnen können und müssen, im politischen Gegner nicht bössartige Motive, Dummheit und Schlechtigkeit zu sehen, sondern ehrliche Überzeugung auch in ihm zu achten. Schleiermachers patriotisch-politische Predigten der Jahre 1806—1814 geben nach dieser Richtung eine reiche Ausbeute. Seine Theorie sagt mit Recht: Das Politische gehört als solches nicht auf die Kanzel. Aber sofern in dem Politischen zugleich ein Ethisches steckt, gehört es auf die Kanzel. Und wer wollte verkennen, daß die politischen Aufgaben der Gegenwart fast ausnahmslos zugleich ethische sind! Wenn nur recht viele Prediger etwas von der Überlegenheit und dem Lakte Schleiermachers hätten, gerade und frei ihre Meinung herauszusagen und, ohne das Christentum an eine Partei zu binden, die Zeitfragen von der Höhe der Ewigkeitsgedanken aus zu behandeln.<sup>\*)</sup>

Politisch brauchen wir die Umwandlung der Sozialdemokratie in eine zum Regieren fähige und willige Reformpartei, die energischer als bisher sich von ihrem linken Flügel scheidet, mit den bürgerlichen Parteien zusammenarbeitet und in dieser Arbeitsgemeinschaft mit Energie die Interessen der Arbeiter innerhalb des Erreichbaren und Möglichen vertritt. Es wäre sehr zu wünschen, daß Männer wie Göhre, Maurenbrecher u. a. innerhalb einer solchen Partei eine führende Rolle spielen, die materialistische Weltanschauung gründlich revidieren und die reichlich vorhandenen Ansätze eines idealistischen Glaubens an den Sieg der Gerechtigkeit, an die Versöhnung der Stände und Völker stärker herausarbeiten würden. Einer solchen Partei gegenüber könnte und müßte die Kirche ihre völlige Neutralität erklären. Es wäre sogar wünschenswert, wenn es in Arbeitergemeinden Pfarrer gäbe, die mit dieser Partei in Fühlung ständen. Die Kirche kann nur an Popularität gewinnen, wenn sie zu allen idealen Bestrebungen des Volkslebens hin Verbindungen unterhält.

Wir leiden heute stärker als je unter einer Zerrissenheit und Zersahrenheit des Volkslebens. Die Einheit des Geisteslebens, die innere Sammlung unsrer Kultur, nach der die tiefsten Geister sich heute sehnen, läßt sich weder von rein nationalen, noch von internationalen Gedanken aus, schließlich überhaupt nicht von einer innerweltlichen Größe aus gewinnen, sondern von einem über alles

<sup>\*)</sup> Vgl. z. B. die Sammlung „Christentum und Politik“. 10 Predigten von Baumgarten, Niebergall, Violet u. a. in der Predigt-Bibliothek, Band 15. Göttingen, Vandenhoeck u. Ruprecht. 1918. Vielleicht darf ich auch auf einen Versuch von mir hinweisen. „Der Weg Gottes mit dem deutschen Volk.“ Basel C. Finck, 1919, 50 Pfennig.

irdische hinausführenden Ewigkeitsglauben, der aber ebenso allen geistigen, künstlerischen, wissenschaftlichen und philosophischen Bestrebungen Weihe und Adel geben muß, wie er auch der ideale Hintergrund alles nationalen und politischen Strebens, wie aller Versöhnung der Völker sein muß. Der Protestantismus aber verträgt keine starre gesetzliche Regelung des Verhältnisses von Christentum und Kultur, also auch nicht von Kirche und politischen Parteien. Er erwartet vielmehr, daß im Spiel der freien Kräfte und Persönlichkeiten sich eine solche Beziehung in individuell verschiedener Weise bei aller Kulturarbeit wie bei allen Parteien aus ihrem eigenen innersten Lebensdrange heraus durchsetzt.



## Holstein



n dieser gärenden Zeit, in der so vieles nach Klärung verlangt, in der überall inner- und außerpolitische und persönliche Schuldfagen breit erörtert werden, ist altgewohnte politische Diskretion tief im Kurse gesunken. Allerlei bis dahin streng geheime Archive öffnen sich, politische Handlungen und politische Persönlichkeiten werden durch überraschende Mitteilungen in eine neue Beleuchtung gerückt.

Von diesem Schicksal nachträglicher Scheinwerferbestrahlung und politischer Röntgendurchleuchtung bleiben auch Persönlichkeiten nicht bewahrt, die früher ihre ganze Tätigkeit im Verborgenen auszuüben trachteten. Selten fand sich dieser Gang zur politischen Wirksamkeit im Verborgenen so ausgeprägt wie bei dem Mann, der durch lange Zeit den größten Einfluß auf die auswärtige Politik des Deutschen Reiches zu üben vermochte: Baron Holstein, der im Auswärtigen Amt unter vier Kanzlern einen hervorragenden Posten bekleidet und die politischen Fäden nach Möglichkeit durch seine Hände gelenkt hat.

Seine sich stets im Hintergrunde haltende Persönlichkeit war von einer gewissen Mystik umgeben. Für seine Scheu vor der Öffentlichkeit war es bezeichnend, daß das dickleibige Zeitgenossen-Lexikon „Wer ist's?“ unter seinen fast 20 000 Biographien den Namen einer politisch so wichtigen Persönlichkeit überhaupt nicht verzeichnet.

Galt Scheinrat v. Holstein früher als Sonderling, so tritt er uns nach neueren Veröffentlichungen von Persönlichkeiten, die früher durch lange Zeit mit ihm zusammen gearbeitet haben, immer mehr als eine geistige Anomalie entgegen. In der „Deutschen Revue“ hat kürzlich Prinz Alexander zu Hohenlohe, der während der Reichskanzlerschaft seines Vaters in tägliche Berührung mit Holstein kam, Erinnerungen aus dem Auswärtigen Amt in Berlin unter dem Titel „Eine graue Eminenz“ veröffentlicht. Sehr viel beschäftigt sich ferner mit Herrn v. Holstein auch sein früherer Kollege Otto Hammann, der seinem ersten Erinnerungsband „Der neue Kurs“ nunmehr bei Reimar Hobbing in Berlin Erinnerungen aus den Jahren 1897—1906 unter dem Titel „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges“ hat folgen lassen. Schon im „Neuen Kurs“ konnten wir manchen Einblick tun in die geheimnisvolle Tätigkeit Holsteins im Auswärtigen Amt. In dem neuen Bande äußert Hammann sich über ihn noch deutlicher und mit noch schärferer Anklage seiner Querköpfigkeit.